

Kehrseite

— Editorial ✓



Liebe Leserinnen und Leser!

• Das Jahr 2015 ist noch zu jung, als dass alle Hoffnungen, die auf eine friedliche Welt, auf Dialog und Partnerschaft in den internationalen Beziehungen ausgerichtet sind, begraben werden müssten. Aber gut angefangen hat dieses Jahr nun wirklich nicht. Die Ereignisse in Paris haben einen zu langen und düsteren Schatten auf alle noch folgenden Monate gelegt und erlauben es nicht, den Blick optimistisch nach vorn zu richten. Es kommt hinzu, dass zu viel in den Jahren passiert ist, als dass wir die angesichts der Terrormorde verkündeten Bekenntnisse zur Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit ohne Misstrauen zur Kenntnis nehmen könnten. Zwar hat die politische Elite die Gelegenheit gern zum Anlass genommen, in Paris – wengleich nur in einer Nebenstraße (s. Beitrag und Foto auf S. 15) – das Banner westlicher Werte aufzurichten; aber zu aufdringlich war das selbstgerechte „Wir sind die Guten“ zu hören. Sind wir das wirklich?

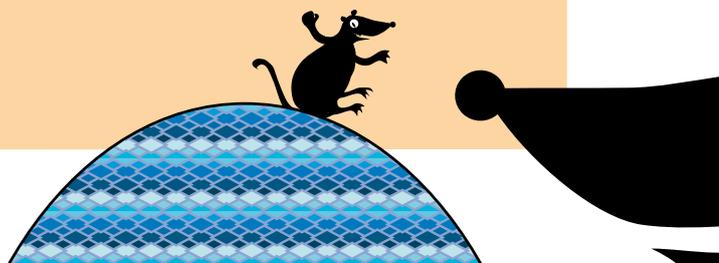
Was haben denn die „Guten“ in den vergangenen Jahrzehnten angerichtet? Im Namen von Freiheit und

Demokratie wurden Interventionskriege losgetreten. Weltweit wurde gemordet und gefoltert, Bomben wurden auf Hochzeitsgesellschaften geworfen, Familien wurden „irrtümlich“ in die Luft gesprengt, Men-



Inhalt dieser Ausgabe

- Editorial – 1
- „Irgendwie muss der Unterricht ja laufen – 2
- Solidarität mit Flüchtlingen – 3
- Welch ein Niveau! – 3
- Für eine Erneuerung Europas – 4
- Kooperation mit oder Konfrontation gegen Griechenland? – 5
- Griechenland – eine Chance für Europa: vertan? – 6
- Lügen und Glaubenssätze – 7
- „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung“ – Gedanken zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus – 8
- Meinst du die Russen wollen Krieg? – 10
- Lichterfelde Süd – Dichtung, Wahrheit oder Lüge? – 10
- Abgeschrieben – 11
- CETA, TISA, TTIP und Co. : Demokratie ist keine Handelsware – 12
- Buchtipps – 14
- FRAUEN-kampf-TAG – 15
- B I L D dir eine Meinung – 15
- Münchner Sicherheitskonferenz 2015 – 15
- Termine, Zitate – 16



schen gegen jedes Recht durch Roboter getötet: Kollateralschäden am Wegesrand US-amerikanischer Geopolitik. Tod, Not und schiere Verzweiflung haben Reaktionen ausgelöst, die uns fragen lassen müssen, ob es nicht unsere politisch herrschende Klasse war, die einen Widerstand verursacht hat, der sich in gewiss irrationalen Mordtaten entladen hat. Wer sich dieser Frage nicht stellt und lieber zu einfachen Lösungen greift, wird scheitern.

Wir befinden uns im Jahr eins nach dem Jahrhundertjubiläum des Beginns des ersten Weltkriegs. Deshalb bietet es sich an, an den Zeitraum zu erinnern, der als Weimarer Republik in die Geschichte einging. Ein Blick zurück ist aus aktuellem Anlass vor allem auch wegen der damaligen Versuche ökonomischer und politischer Krisenbewältigung sinnvoll. Auf den damals forcierten Abbau von demokratischen Rechten. Auf die immer ungerechter werdende Sozialpolitik. Und die damals aufkeimende Rechtfertigung kriegerischer Abenteuer lässt durchaus einen Vergleich zur Gauckschen Verantwortungsrhetorik zu mit ihren militärischen Eingreifwünschen weltweit.

Und nicht zuletzt: „Drängt sich nicht als unabdingbare Pflicht ins Blickfeld, das damalige Übermaß an Toleranz gegenüber beschämenden Erscheinungen völkischer, rassistischer und nationalistischer Fremdenfeindlichkeit auch als ein Warnzeichen für Gegenwart und Zukunft zu sehen? Gilt es nicht erneut, Ursachen und Folgen des damals so unzulänglichen, ja geradezu faschismusförderlichen Umgangs (un)verantwortlich handelnder Eliten zu enthüllen“ (Manfred Weißbecker in seinem jüngst erschienenen Buch über die Weimarer Republik).

Genau diesem Anspruch sehen wir uns verpflichtet. In wenigen Wochen werden wir den 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus erleben (s. Beitrag auf S. 18). Der 8. Mai hat der weltweiten Befreiungsbewegung einen enormen Schub verliehen. Für uns ist mit diesem und über diesen Tag hinaus der noch nicht eingelöste Auftrag verbunden, für eine humane, gerechte Welt, für eine Welt ohne kapitalistische Ausbeutung zu kämpfen.

Die Redaktion ●

„Irgendwie muss der Unterricht ja laufen!“

● Zum bedrückenden Thema baulicher Zustand der Schulen hatte der bezirkliche Elternbeirat Vertreter des Abgeordnetenhauses eingeladen. Gekommen waren am 26. Januar 2015: Justizsenator Thomas Heilmann (CDU), die Haushaltspolitiker Michael Arndt (SPD) und Stefanie Remlinger (B' 90/Grüne) sowie Gerwald Claus-Brunner (Piraten); die für Schulen zuständige Bezirksstadträtin Cerstin Richter-Kotowski (CDU) und der Stadtrat für Immobilien, Michael Karnetzki, saßen im Publikum.

Bildungspolitischer Offenbarungseid

Eröffnet wurde die Diskussion mit den Fotos von bröckelnden Fassaden, vergammelten Toiletten, undichten Dächern, von herabfallenden Deckenplatten, durch Mauerrisse wuchernde Pflanzen. Kurz: dem Ambiente, dem viele Schulkinder ausgesetzt sind und bei dem sie jeden Tag spüren, welche hohe Wertschätzung sie und ihre Lehrerinnen und Lehrer genießen.

Die Podiumsgäste zeigten angesichts der Bilder keinerlei Erschütterung. Stattdessen beklagten sie, dass wegen des Personalmangels in den Hochbauämtern Gelder nicht in Anspruch genommen werden konnten und an den Senat zurückgefließen seien. Als konkrete Maßnahme wurde vorgeschlagen, die zentrale Verwaltung der Gelder abzuschaffen. Es war die Rede von dem riesigen bürokratischen Aufwand bei Ausschreibungen für Sanierungsvor-

haben, welche das wenige Personal überfordere. Und erst die Schwierigkeiten mit den ausführenden privaten Firmen! (War „privat“ sonst nicht immer besser?!) So drückte man sich um die Wahrheit: Es wird aufgrund der Schuldenbremse kaputt gespart. Immerhin bat G. Claus-Brunner von den Piraten um Entschuldigung, obwohl seine Partei für die Situation nicht verantwortlich gemacht werden kann. Sein Vorschlag, die millionenschwere Olympiabewerbung zu beerdigen, sollte allerdings nicht nur in unserem Bezirk auf fruchtbaren Boden fallen.

Star des Abends ...

... waren die Eltern. Als sie in die „Debatte“ eingreifen durften, kam Stimmung auf. Ihre lautstarke Empörung drängte die Podiumsteilnehmer in die Defensive. Auf die Frage, warum baufällige Schulhäuser nicht geschlossen würden, kam das Argument, der Unterrichtsbetrieb müsse ja irgendwie laufen. „Irgendwie“ ist das ja richtig, dennoch kommt damit die Hilflosigkeit derjenigen zum Ausdruck, die so gern behaupten, die „Zukunft unserer Kinder“ im Blick zu haben. Besonderen Zorn der Eltern zog M. Arndt von der SPD auf sich, indem er dümmlich-frech behauptete, die Lage sei insgesamt doch gar nicht so schlecht. Die geballte Wut der Eltern trieb der überforderten Abgeordneten der Grünen, Stefanie Remlinger, fast die Tränen in die Augen. Den bemerkenswerten Schlussakkord setzte Thomas Heilmann. Unter Zustimmung des Sozialdemokraten Arndt stellte er fest:



„Der kollektive Wille, das Problem energisch anzugehen, ist in der Regierungskoalition nicht vorhanden.“ Diesen Satz des Justizsenators sollte man bis zum Wahlabend im kommenden Jahr nicht vergessen.

DIE LINKE war bei dieser Podiumsdiskussion nicht vertreten, vermutlich, weil sie keine Fraktion im Bezirksparlament hat. Das muss sich im nächsten

Jahr ändern. Im Mai 2015 werden wir, DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf, uns auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung mit dem Thema weiter beschäftigen. Einladen werden wir Baustadtrat Michael Karnetzki, Schüler/innen, Eltern und fachkompetente Bürgerinnen und Bürger.

Mathias Gruner ●

Solidarität mit Flüchtlingen

● Die für den Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf zuständige Bundestagsabgeordnete der LINKEN Petra Pau (rechts) besuchte gemeinsam mit der Bezirksvorsitzenden Franziska Brychcy (2. von links) am 7. Januar erneut die Flüchtlingnotunterkünfte in den Turnhallen in der Königin-Luise-Straße in Dahlem und der Lippstädter Straße in Lichterfelde Süd. Trotz der äußerst engagierten Arbeit der Hilfskräfte von Johannitern/ nun AWO und Arbeiter-Samariter-Bund vor Ort, sind die Bedingungen für die je ca. 200 Flüchtlinge auf Grund der Enge, der fehlenden Privatsphäre und der langen Verbleibdauer in der Notunterkunft (nun 3 Wochen) menschenunwürdig! Die LINKE wird sich nach wie vor auf allen Ebenen für eine eine geeignetere Unterbringung der Flüchtlinge einzusetzen! Überwältigend ist, unabhängig davon, die große Hilfs- und Spendenbereitschaft der Steglitz-Zehlendorfer für die Menschen in Not. Vor allem Hygiene-Artikel (Deo, Shampoo, Duschbad, Haarspray, Creme, Einwegrasierklingen, Kämme, Windeln), Karten-Spiele und BVG-Tickets werden



weiterhin dringend in beiden Unterkünften benötigt.

Links zur Flüchtlingsunterstützung und Spenden im Bezirk Steglitz Zehlendorf.

<http://www.willkommensbuendnis-steglitz-zehlendorf.de/deutsch-home/sachspenden/>
<http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/mitarbeit.php>
<http://www.fu-berlin.de/sites/notunterkunft/>

F. B.



Welch ein Niveau!

● Auf der ersten diesjährigen Bezirksverordnetenversammlung in Steglitz-Zehlendorf am 14. Januar setzte die CDU-Fraktion das Thema „Flüchtlinge“ mit einer „Großen Anfrage“ selbst auf die Tagesordnung. Ein erstaunlicher Vorgang; denn sie hätte doch wissen müssen, dass sie mit diesem Thema kaum punkten könne. Aber ein schon so lange kommunal Regierender wie Bürgermeister Norbert Klopp glaubte offenbar selbstgefällig, sich ins rechte Licht setzen zu können. Er war es nämlich, der Rede und Antwort stehen musste.

Nachdem er einen Ortstermin wahrgenommen habe, so berichtete er, sei die Erkenntnis bei ihm gereift, dass die Zustände in den Notunterkünften als menschenunwürdig und folglich auf Dauer nicht hinnehmbar seien. Na toll, diese Einschätzung hätten wir ihm schon als Neujahrsbotschaft übermitteln können. Wer den Bezirksbürgermeister kennt, wird sich nicht wundern, dass er sich auch hier als Mann mit der weißen Weste präsentierte. Schuld an der Misere trage allein der Sozialsenator Czaja. Und der ist – man mag es kaum glauben – Mitglied seiner Partei.

Für die Grünen stellte sich in der anschließenden Aussprache das eigentliche Problem in der hohen Zahl an Flüchtlingen dar. Außerdem beklagen sie, dass viele Flüchtlinge im Herbst kämen und im Frühjahr wieder gehen. Wie bitte? Wollen sie damit etwa sagen, dass sie sich lieber wie die Zugvögel verhalten sollen? Außerdem sind für sie die von ihnen sogenannten Armutszuwanderer aus Osteuropa eigentlich keine Flüchtlinge. Daraufhin gab es – ein Lichtblick – eine schallende Ohrfeige vom Piraten Georg von Boroviczeny: „Alle Flüchtlinge sind bei uns willkommen, egal woher sie kommen.“

Der traurige Höhepunkt der Aussprache blieb dem Fraktionsvorsitzenden der CDU Torsten Hippe vorbehalten. Er bediente noch einmal das Mantra vieler seiner Parteifreunde, dass Deutschland nicht das Sozialamt der Welt sein dürfe. Und dann – da muss wohl noch der Silvestersekt durch seine Adern geflossen sein – brachte er diesen Satz zustande: „Am deutschen Sozialwesen soll die Welt nicht genesen.“ Wer kennt ihn nicht, den zum „geflügelten Wort“ in die deutsche Geschichte eingegangenen Satz von Wilhelm zwo:



„Am deutschen Wesen soll die Welt genesen.“ Mit diesem Satz hat Kaiser Wilhelm seinen Anspruch auf den Besitz von Kolonien auf den Punkt bringen wollen.

Die SPD hat sich in dieser Debatte vornehm zurückgehalten. Im nächsten Jahr finden in Berlin wie-

der Wahlen statt. Es wird höchste Zeit, dass endlich DIE LINKE mit einer Fraktion ins Bezirksparlament einzieht. Schon allein deshalb, um das intellektuelle Niveau der Debatten anzuheben.

Mathias Gruner ●

Für eine Erneuerung Europas

● Europa steckt weiterhin im Krisenzyklus. Seit der großen Krise 2007 sorgt ein schleppendes Wirtschaftswachstum für den Verlust von Millionen Arbeitsplätzen, für wachsende private und öffentliche Verschuldung, für zunehmende Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung und für wachsende Unterschiede zwischen den Entwicklungsniveaus der Mitgliedstaaten. Mit Ausnahme von Deutschland haben die europäischen Staaten deutlich Anteile an der industriellen Wertschöpfung und am Welthandel verloren. Die Krise hat mittlerweile den politischen Raum erreicht; wir erleben eine Umwandlung der nationalen Parteiensysteme durch die Beschleunigung rechtspopulistischer Tendenzen: europakritische und nationalistische Parteien gewinnen an Zulauf.

Es ist hohe Zeit, die brachliegenden Entwicklungspotenziale des europäischen Binnenmarktes zu erschließen. Dazu sind ein Politikwechsel und ein Bruch mit den neoliberalen Strukturreformen notwendig. Doch die europäische Politik tritt auf der Stelle.

Die EU hat sich auch mit Hilfe der Einführung des Euro als große Maschinerie zur Verallgemeinerung des Neoliberalismus erwiesen. Tagtäglich sehen wir die neoliberalen Verwüstungen: die Arbeitslosigkeit in Europa erreicht immer neue Rekorde, die Jugendarbeitslosigkeit beraubt eine ganze Generation in den Krisenländern ihrer menschenwürdigen Zukunft. Mehr als ein Viertel der Menschen in Europa – 125 Millionen – lebt in Armut oder ist armutsgefährdet. Die bisherige Krisenpolitik der Troika aus Europäischer Zentralbank, Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds hat die grassierenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme nicht gelöst, sondern durch ihre einseitige Ausrichtung auf Austerität und Währungsstabilität erheblich verschärft.

Dies führt zu wachsendem und berechtigtem (zivil-) gesellschaftlichen Unmut und Widerstand: Z.B. in Spanien durch die Bewegung Podemos und in Griechenland hat der Wahlerfolg des linken Parteienbündnisses Syriza Chancen für eine politisch-ökonomische Erneuerung des Landes aber auch des gesamten Euro-Raumes eröffnet.

Europa braucht eine Erneuerung seiner industriellen Basis und eine neue gesellschaftliche Arbeitsteilung. In Anknüpfung an die modernen Technologien (Industrie 4.0) und zukunftssträchtigen Wertschöpfungsketten muss innerhalb des Kontinents ein sozial-ökologischer Strukturwandel verwirklicht werden, der die bestehende Arbeitslosigkeit beendet

und gerade für die künftigen Generationen gute Arbeitsbedingungen bereitstellt. Diese Aufgabenstellung wird vor allem in Südeuropa unter dem Stichwort der „produktiven Rekonstruktion“ diskutiert. Dabei kann zum Teil an bestehende wirtschaftliche Traditionen und Strukturen angeknüpft werden.

Mit einem Umfang von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EU, wie ihn auch europäische Gewerkschaftsverbände vorschlagen, würde ein Impuls gesetzt, der weit über den Juncker-Plan der EU-Kommission hinausgeht und der die wirtschaftliche Entwicklung aus der Stagnation führen würde. Eine produktive Erneuerung könnte direkt öffentliche Güter wie Wissen, Umwelt- und Lebensqualität, soziale Integration und territorialen Zusammenhalt hervorbringen.

Notwendige Voraussetzungen sind 1) ein Ende der Austeritätspolitik, die gerade in den wirtschaftlich geschwächten Ländern verheerende soziale Folgen hat und keinen Ansatz bietet, die Schuldenkrise zu überwinden sowie 2) ein Ende der Privatisierungspolitik, die langfristig die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand untergräbt. Wesentliche Elemente und Ziele einer fortschrittlichen europäischen Erneuerungspolitik können sein:

- Eindämmung der innereuropäischen Ungleichgewichte, einschließlich der Handelsbilanzen. Diese haben zur gegenwärtigen Krise geführt und verhindern ihre Überwindung.
- Demokratisierung der Entscheidungsfindung auf makro- und mikroökonomischer Ebene. Die beteiligten Akteure auf betrieblicher, regionaler und nationaler Ebene müssen an einer Konzipierung und Umsetzung von EU-Initiativen weit stärker als bisher einbezogen werden.
- Schaffung von neuer, unbefristeter Arbeit, von der man eigenständig und armutsfrei leben kann.
- Aufwertung des Faktors Arbeit durch umfassende, laufende Qualifikationsangebote und durch erweiterte Erwerbsmöglichkeiten für die Jugend, die oft hoch ausgebildet ist.
- ökologische Nachhaltigkeit, besonders im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz.

So kann Europa das Vertrauen der BürgerInnen zurückgewinnen, statt sich in Stagnation und Zukunftslosigkeit insbesondere der jungen Menschen einzurichten.

Hasko Hüning ●

Kooperation mit oder Konfrontation gegen Griechenland?

„Ändere die Welt, sie braucht es“ (Bertolt Brecht)

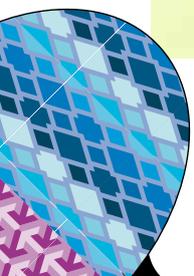
● Das aktuelle Agieren der neuen griechischen Regierung gegenüber Europa geht über die bisher rein technokratisch umgesetzten ökonomisch-finanziellen Absprachen hinaus. Es geht ihr darum, die „humanitäre Krise“ zu bewältigen und die auch durch fünf Jahre Troika-Politik daniederliegende Wirtschaft nachhaltig zu stärken – u.a. durch eine Kampfansage gegen Korruption und Vetternwirtschaft sowie durch die Einführung eines gerechten Steuersystems. Dazu hat sie einen klaren Wählerauftrag, den sie offenbar zur Überraschung großer Teile der deutschen und europäischen politischen und publizistischen Eliten auch wirklich ernst nehmen und umsetzen will.

Dabei will sie sich bei den augenblicklichen Verhandlungen eines durchaus in der Eurozone üblichen Verfahrens (z.B. bei der Bankenrettung) bedienen, sich nämlich durch ein Überbrückungsprogramm bis Mitte des Jahres „Zeit kaufen“; allerdings diesmal zur unmittelbaren Bekämpfung der humanitären Krise im Land und eben nicht zur Sicherung der Vermögensansprüche der besitzenden Klassen in den Finanzzentren Europas. Dem soll dann als zweiter Schritt ein Programm des Neuaufbaus der griechischen Realwirtschaft folgen, da man – so die Erkenntnis – aus der Verschuldung nur herauswachsen und nicht sich heraussparen kann. Dabei sollen die bisherigen Strukturreformen überprüft und kei-

neswegs einfach nur pauschal zurückgedreht werden. Das Land will gerade keine Fortführung einer Praxis der Alimentierung durch die Finanzmärkte. „Wir Griechen haben doch selbst die Nase voll davon in einem Land zu leben, das so dringend Reformen braucht und sie nicht hinbekommt“ (Varoufakis). Die griechische Bevölkerung will aus der Bevormundung heraus und an einer Gesellschaft bauen, in der mit eigener Anstrengung gearbeitet, gewirtschaftet und würdevoll davon gelebt werden kann. Dazu gehört, die teilweise hoch qualifizierten vor allem jungen Arbeitskräfte wieder in Beschäftigung zu bringen, Privatisierungen zu stoppen, öffentliche und private Investitionen in Arbeit und Wertschöpfung zu fördern und die Tendenz der Auswanderung zu beenden.

Es gibt in Deutschland – wie aber auch in der gesellschaftlichen Linken – viel Sympathie für diesen Kurs. Aber es gibt auch breite Skepsis und Vorbehalte, da die schrittweise Entfaltung von Politik gegen die vermeintlich alternativlose Elendsverwaltung durch die EU und die notwendige Gratwanderung der Tsipras-Regierung vielen entweder zu sehr oder nicht radikal genug erscheint. Doch: „Der politische Umbruch in Griechenland muss zu einer Chance für ein demokratisches und soziales Europa gemacht werden“ (*Aufruf von Gewerkschaften und Wissenschaftlern nach der Wahl in Griechenland*).

Hasko Hüning ●



Griechenland – eine Chance für Europa: vertan?

● Eine Chance tut sich auf, eine Chance nicht gegen, sondern für Europa!

Worum geht es? Europa hat ein Problem: die Umverteilung der Einkommen und Vermögen von unten nach oben hat eine große Nachfragerücke geschaffen. Das war ein Fehler, der von den Staaten durch Steuerpolitik hätte korrigiert werden müssen. Stattdessen wurden durch die Unternehmen und Reichen wie bei Donald Duck riesige Liquiditätshorte angelegt.

Die Alternative dazu wären öffentliche, Nachfrage schaffende Investitionsprogramme. Dies müsste von einer nachhaltigen Umverteilungspolitik zur Minderung der Einkommens- und Vermögensungleichheiten begleitet werden. So könnte, was Alexis Tsipras von Syriza für Griechenland zu Recht als „humanitäre Katastrophe“ bezeichnet hat, nämlich die weitere Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen, abgewendet werden.

Die Griechinnen und Griechen haben mit ihrem überwältigendem Votum für Syriza bei der Parlamentswahl Ende Januar die Chance eines neuen Entwicklungspfad für eine progressive europäische Politik eröffnet. Auch wenn Syriza als Koalitionspartner die rechtspopulistische Partei Anel mit ihren 13 Abgeordneten in die Regierung holen musste: Der gemeinsame Nenner beider Koalitionspartner sind die strikte Ablehnung der durch die EU verordneten Sparprogramme sowie die Befreiung von den Schuldenfesseln. Dennoch ist diese Konstellation höchst irritierend. Was ist der ökonomisch-soziale Hintergrund, der nun politisch eine solche aus der Not gewachsene Koalition hervorgebracht hat?

Sechs Jahre Rezession liegen hinter Griechenland. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) lag Ende 2014 um 25 % unter dem Niveau von Anfang 2008. Kein anderes Euroland hat einen ähnlichen Wirtschaftseinbruch erlebt. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 27%, die von Jugendlichen bei über 50%. Die Erhöhung der Massensteuern unter der Vorgängerregierung hat zu einem drastischen Rückgang der Kaufkraft geführt, viele BürgerInnen sind heute auf existenzielle Notmaßnahmen angewiesen. Zudem: kein Land erträgt auf Dauer den Verlust seiner finanzpolitischen Souveränität widerstandslos, wenn Politiker und Beamte anderer Nationen (Troika) vorgeben können, wo im nationalen Haushalt eingespart werden muss und wofür Geld ausgegeben werden darf. Nun scheinen nahezu fünf Jahre eines repressiven Finanzregimes zu Ende gehen zu können.

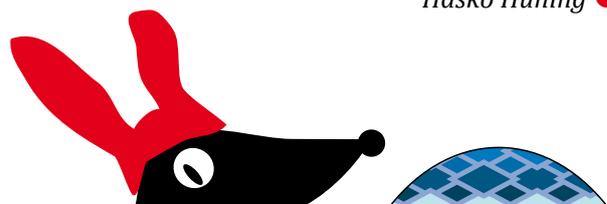
Mit dem Wahlsieg von Syriza wurde ein komplizierter politischer Prozeß in Europa angestoßen, von dem offenbar Teile der deutschen Regierung befürchten, dass es am Ende um einen Kurswechsel in Europa gehen könnte. Der neuen Regierung in Griechenland geht es „nicht um einen Bruch mit den europäischen Partnern“, sondern sie plädiert für „einen Bruch mit der Barbarei...Diese Sparpolitik kann nicht weiterverfolgt werden“ (Tsipras).

Der riesige Schuldenberg (320 Mrd. Euro), der auf Griechenland lastet, ist zwar mit einer Bruttoverschuldung von 176% des BIP hoch, aber nicht allzu drückend: für knapp 50% der Gesamtschuld werden erste Rückzahlungen frühestens 2022 fällig, und bis dahin werden auch die Zinsen gestundet. Ein Weg zum Abbau dieses Schuldenberges müsse innerhalb der Währungsunion gefunden werden, z.B. in Form eines Moratoriums für die Rückzahlung, verbunden mit einer Investitions- und Wachstumsklausel, auf deren Basis die verbleibenden Schulden sinnvoll getilgt werden können, was zu einem ausgeglichenen Haushalt führen soll (Tsipras, Regierungserklärung am 8.2. 2015). Ziel sei es, der „Gesellschaft das Gefühl der Sicherheit und ihre Würde zurück(zu)geben“.

Nach ersten Gesprächen in Rom, Paris und Brüssel schien die EU-Kommission bereit für die Organisation einer Übergangsphase zu sein. Nicht aber die geschlossene Allianz der EU-Finanzminister, allen voran Wolfgang Schäuble. Sie zwangen – ohne die „Solidarität des Südens“ – in der letzten Verhandlungsrunde am 20. Februar Griechenland die Verlängerung des Sparkorsetts des bisherigen Rettungsprogramms um weitere vier Monate auf, mit zwei eher marginalen Zugeständnissen: Der Name Troika für die Institution der finanztechnischen Überprüfung fällt nicht mehr und die griechische Regierung kann einen Teil der Auflagen finanzneutral (d.h. bei Erfüllung der von außen vorgegebenen Haushaltsziele) durch andere ersetzen.

Ein *Grexit* (Griechenland-Exit) hätte für Europa schwierig zu kalkulierende Belastungen und für die griechische Bevölkerung kein Ende der humanitären Krise gebracht. An diesem Punkt hat die griechische Regierung Verantwortung gezeigt und eingelenkt. Nach letzten Umfragen (16.2.) war die griechische Öffentlichkeit auf einen Kompromiss eingestimmt, stützte die Verhandlungstaktik der Regierung (75%), votierte zugleich für den Verbleib im Euro-Raum (81,2%) und wünschte sich eine ehrenvolle akzeptable Lösung (68%). Es ist allerdings denkbar, dass die jetzt aus der Politik der Stärke durchgesetzte Einigung in Griechenland bei großen Teilen der Bevölkerung eher als Demütigung empfunden wird. Inwieweit dies rechtspopulistische Kräfte – die Partei Anel – in der Koalition stärkt und rechtsextremen Kräften in Griechenland – Partei Goldene Morgenröte, schon jetzt im Parlament mit 6,3% vertreten und erklärtermaßen auf das Scheitern von Syriza wartend – Auftrieb gibt, bleibt abzuwarten, ist aber durchaus wahrscheinlich. Nur: Solche Überlegungen oder gar Bedenken sind offenbar politischen Buchhaltern á la Schäuble nebensächlich und werden in Kauf genommen.

Hasko Hüning ●





Lügen und Glaubenssätze



● „Wie lange glaubt man eigentlich, der Bevölkerung einen solchen Schwachsinn noch aufzutischen zu können“, empörte sich unlängst Oskar Lafontaine und richtete die Frage an diejenigen, die uns weismachen wollen, dass von Russland eine militärische Bedrohung ausginge. Weil Russland seinen Militärhaushalt erhöht habe, müssten die Nato-Mitgliedstaaten ihre Investitionen in die Verteidigungsbereitschaft deutlich erhöhen, forderte der neue Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg bei seinem Antrittsbesuch in Berlin. Und dann setzte er noch eins drauf. Im Süden drohten die Kriege in Syrien und im Irak und weiter nördlich habe Russland die Souveränität seines Nachbarlandes verletzt und sei näher an die Grenzen der Nato herangerückt. Keiner hat gelacht. Natürlich nicht. Wir auch nicht. Wir werden aber nicht müde, immer wieder darauf zu verweisen, dass das Russland gegebene Versprechen, nach Auflösung des Warschauer Pakts die Nato nicht nach Osten auszuweiten, gebrochen wurde (s. Abbildung unten)

Wer Nato sagt, muss von den gigantischen Rüstungsausgaben samt ihrem rasanten Wachstum sprechen. Weltweite Rüstungsausgaben 2001: 1,044 Billionen US-Dollar, davon 669 Milliarden Nato, 2011: 1,738 Billionen US-Dollar, davon Nato 1,039 Billionen oder 59,8 Prozent. Davon fielen auf die USA fast 700 Milliarden US-Dollar. Die Rüstungsausgaben Russlands betragen nach einer erheblichen Steigerung 2013 etwa 88 Milliarden US-Dollar. Gibt es dazu eine kritische Betrachtung in unseren Medien?

„Die Russen planen keine Aggression“

Die diplomatische Sprache der westlichen Wertegemeinschaft hat sich mittlerweile in einen Baukasten dogmatischer Glaubenssätze verwandelt. „Russland hat die Krim annektiert.“ Aus. Basta. Obwohl doch allseits bekannt sein dürfte, dass die Krim seit 1783 russisch ist und dass es sich beim Chruschtschow-



Russland will Krieg. Schau, wie sie ihr Land an unsere Militärbasen heranrücken“. Diese im Internet kursierende Grafik zeigt, warum die Einkreisungsängste Russland nicht ganz unbegründet sind.

Erlass lediglich um einen innersowjetischen Verwaltungsakt gehandelt hat. Und obwohl renommierte Staatsrechtler begründet haben, dass es sich nicht um eine Annexion, sondern um eine Sezession, die nicht im Widerspruch zum Völkerrecht steht, handelt. Niemand soll gezwungen werden, sich diese Sichtweise zu Eigen zu machen. Aber das Mindeste, was zu erwarten wäre, ist doch, sich auf diese Argumentation einzulassen und sich mit ihr auseinander zu setzen. Zumal immer gern behauptet wird, man wolle miteinander im Gespräch bleiben. Wer dies ernsthaft will, sollte z.B. George Friedman konsultieren. Der Chef des US-Nachrichtendienstes ‚Stratfor‘ war Ende vergangenen Jahres in Moskau, wo er zahlreiche Gespräche u.a. mit Experten russischer Thinktanks und des Außenministeriums sowie mit international operierenden Geschäftsleuten und Studierenden führte. Die Erkenntnisse, die er heim brachte, lassen sich auf einen Punkt bringen. „Die Russen planen keine Aggression.“ Allerdings müsse der Westen eine Bereitschaft und eine Fähigkeit aufbringen, Interessen und Gefühlslage der anderen Seite nachzuvollziehen. So schwierig es für „Westler zu ergründen ist“, sie müssten begreifen, betont er, dass „die russische Geschichte eine Geschichte von Puffern ist. Pufferstaaten bewahren Russland vor westlichen Eindringlingen. Russland will ein Arrangement, in dem die Ukraine zumindest neutral bleibt.“

Farbe bekennen!

Wie reagiert unsere Kanzlerin? Sie klammert sich lieber an die ihr von den USA eingehämmerte (Vor)verurteilung: Russland habe die europäische Friedensordnung gefährdet, es dürfe kein Zurückweichen vor dem Recht des Stärkeren geben. Des Stärkeren? Es sind doch die USA mit ihren Nato-Vasallen, die seit bald einem Vierteljahrhundert Kriege zum Alltagsgeschäft gemacht haben, mit dem Ziel, die Welt zu ihren Bedingungen neu zu ordnen bzw. aufzuteilen. Unter der Führung der einzigen Weltmacht und der selbst auferlegten Schutzverantwortung sucht man strategisch und ökonomisch attraktive Gebiete heim und richtet sich dort mit Militärstützpunkten und Geheimdiensten ein. „Allein die USA haben 1000 solche Stützpunkte auf der ganzen Welt. Der Neokolonialismus braucht keine Territorien. Bezahlte Statthalter genügen“, so die Publizistin Daniela Dahn. Wer aber mit Analysen, Fakten, und Zahlen nachweist, dass mit der Annexion der Ukraine in das westliche Wertesystem, unter wohlwollender Beteiligung von einheimischen Faschisten, die seit 1990 betriebene Einkreisung Russlands vollendet werden soll, wird, weil man sich den Argumenten nicht stellen will, umgehend als Verschwörungstheoretiker abgestempelt.

Uns trennen nur noch wenige Wochen vom 8. Mai. Die Bundesregierung hat auf Anfrage unserer Partei erklärt, an den 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus nicht mit eigenen Veranstaltungen erinnern zu wollen. Wir schlagen ihr vor, dem Datum auf andere Art und Weise Respekt zu erweisen. Mit einem wirklich friedenspolitischen Einsatz, der weder den Konflikt mit Washington noch einen mit den kriegslüsternen Regenten in Kiew scheut, könnte sie

Entscheidendes leisten, damit der Deckel auf dem großen Pulverfass in der Ukraine geschlossen bleibt.

Hans Schoenefeldt ●



„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung“ – Gedanken zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

● Am 8. Mai 1985 geschah im Deutschen Bundestag etwas, das ebenso überraschend wie überfällig war. Der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker sprach in seiner Rede anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung Wahrheiten aus, die bis dahin von den meisten Politikern und den meinungsbildenden Medien als Tabu betrachtet worden waren. Wir zitieren: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. (...) Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“ Und weiter: „Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben. (...) Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken.“ Bei der Würdigung der deutschen Widerstandskämpfer gegen den Faschismus gedachte er ausdrücklich der Opfer „des Widerstandes der Kommunisten.“ Und bei der Betrachtung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom 23. August 1939 stellte er immerhin klar: „Die Initiative zum Krieg ging von Deutschland aus, nicht von der Sowjetunion. Es war Hitler, der zur Gewalt griff“. Warum lohnt es heute, sich an die damalige Rede Weizäckers zu erinnern?

Erstens deshalb, weil die zitierten Aussagen einen Bruch mit den bis dahin von offizieller Seite am 8. Mai formulierten Aussagen darstellen. Noch zum 30. Jahrestag der Befreiung äußerte der damals amtierende Bundespräsident Walter Scheel in seiner Ansprache am 6. Mai 1975: „Am 8. Mai fiel nicht nur die Hitler-Diktatur, es fiel auch das Deutsche Reich. (...) Es war für Generationen von Deutschen das Vaterland, das sie liebten, wie jeder Mensch auf der Welt sein Vaterland liebt. Sollten wir es weniger lieben, weil ein Diktator sich seiner bemächtigt hatte, oder weil es jetzt zerstört am Boden lag? Und so gedenken wir des Kriegsendes mit Schmerz.“ Und am Ende seiner Rede formulierte er die Nutzenanwendung der Lehren des 8. Mai 1945 sowie der zwölf Jahre faschistischer Herrschaft für die Gegenwart: „Wir haben gelernt. Nicht nur die Politiker, sondern unser Volk hat gelernt. Es hat begriffen, dass Extre-

mismus in jeder Form für unser Land verderblich ist.“

Zweitens hat es den Anschein, dass die zitierten Passagen der Weizsäcker-Rede im Lichte aktueller politischer Entwicklungen mehr denn je ins Gedächtnis gerufen werden sollten. Es seien hier nur die versäumte Einladung des russischen Staatsoberhauptes zu den Gedenkveranstaltungen anlässlich des 70. Jahrestages der von der Roten Armee befreiten Vernichtungslagers Auschwitz, an das anhaltende Verschweigen bzw. die Herabwürdigung des kommunistischen Widerstandes oder an die 2014 in den bürgerlichen Medien mit großem Aufwand verbreitete Lüge vom durch Hitler und Stalin gemeinsam im Sommer 1939 ausgelösten Weltkrieg genannt. Geschichtsrevisionismus hat wieder Hochkonjunktur.

Deutschland als „Opfer“ – vor und nach dem 8. Mai

In den vergangenen Jahren wurde in zahlreichen Veröffentlichungen zu begründen versucht, dass auch das deutsche Volk „Opfer“ des faschistischen Regimes gewesen sei. Kriegsverbrechen seien nicht nur von der SS und der Wehrmacht, sondern auch von den Alliierten an Deutschen verübt worden. Absichtsvoll war z.B. von den „Einsatzgruppen“ der alliierten Bomberflotten die Rede, womit die Assoziation mit den „Einsatzgruppen“ des Sicherheitsdienstes der SS (SD) ausgelöst werden sollte, die hinter der Front im Krieg gegen die Sowjetunion Hunderttausende Juden, Partisanen, Funktionäre der KPdSU, des Komsomol und der Staatsorgane ermordeten.

Bei alledem sollte man sich in Erinnerung rufen: Die „Argumente“, mit deren Hilfe Deutschland zum Opfer der alliierten Sieger des Zweiten Weltkrieges dargestellt wird, wurden bereits im Mai 1945 in die Welt gesetzt und seitdem von vielen Politikern, Journalisten und Historikern wiederholt bzw. in „modernisierter“ Form unter die Leute gebracht. Zwei Äußerungen, deren Zynismus kaum zu überbieten

ist, sollen dies verdeutlichen. Generaloberst Alfred Jodl, Chef des Wehrmachtsführungsstabes, erklärte bei der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde in Reims am 7. Mai 1945: „In diesem Krieg, der über fünf Jahre gedauert hat, haben das deutsche Volk und die deutschen Streitkräfte mehr geleistet und mehr gelitten als jedes andere Volk auf der Welt. In dieser Stunde kann ich nur die Hoffnung ausdrücken, dass die Sieger sie großmütig behandeln.“ Und Michael Kardinal Faulhaber, Erzbischof von München, verbreitete eine Anschauung, die leider nichts an Aktualität verloren hat: „Die Bilder aus Dachau, die alliierte Journalisten wochenlang gemacht haben, um der ganzen Welt bis zum letzten Negerdorf die Schmach und Schande des deutschen Volkes vor Augen zu stellen, sind einseitig. Wenn all die furchtbaren Leiden, die durch Fliegerangriffe über unsere Städte kamen, wenn die Leichen der verschütteten und verbrannten Menschen in Lichtbildern aufgenommen werden könnten, wäre ein solches Gesamtbild nicht weniger schrecklich als die Bilder, die jetzt von den Konzentrationslagern aufgenommen werden.“

Hierzu erübrigt sich jeder Kommentar.

Westalliierte und die Nazi-„Spezialisten“

Während in Deutschland die herrschenden Eliten, die zwölf Jahre zuvor das faschistische Regime an die Macht geschoben, es in jeder Weise unterstützt und seine Verbrechen mit organisiert hatten, ihre Hände in Unschuld wuschen, geschah auf Seiten der Westalliierten Unerhörtes. Die britische Armee begann, deutsche Gefangene in der Lüneburger Heide und in Schleswig-Holstein in geschlossenen militärischen Formationen zu internieren, um sie für einen eventuellen Kampf gegen einen neuen Feind einzusetzen: die Rote Armee. Winston Churchill teilte am 23. November 1954 in einer Rede in seinem Wahlkreis Woodford der erstaunten Zuhörerschaft mit: „Noch vor Kriegsende telegraphierte ich an Feldmarschall Montgomery und wies ihn an, dafür zu sorgen, dass die deutschen Waffen gesammelt würden, damit man sie ohne weiteres an die deutschen Soldaten ausgeben könnte, mit denen wir würden zusammenarbeiten müssen, wenn die Sowjets ihren Vormarsch fortsetzten.“ Zeitgleich begannen Militär und Geheimdienst der USA damit, Tausende „Spezialisten“ des Naziregimes zu rekrutieren, die vor allem dann willkommen waren, wenn sie über einschlägige Erfahrungen im Kampf „gegen den Kommunismus“ verfügten. Es ging um Verbrecher, die bei der Gestapo, im SD sowie in der „Abwehr“ der Wehrmacht gedient hatten. Heute wissen wir, dass bis in die 60er Jahre hinein tausende Personen aus diesem Milieu für die USA als Informanten, „Berater“ und Agenten tätig waren, darunter auch SS-Hauptsturmführer Klaus Barbie, der berühmte Judenmörder und Folterspezialist. Die Abteilung „Fremde Heere Ost“ des

deutschen Generalstabs unter Generalmajor Gehlen, die über wertvolle Informationen zur Lage in der Sowjetunion sowie über ein dichtes Netz von Agenten verfügte, das auch nach dem 8. Mai 1945 noch nicht vollständig von der Spionageabwehr der Roten Armee und des KGB zerschlagen worden war, wurde komplett in die Dienste der USA übernommen. Später bildeten diese „Spezialisten“ die Keimzelle des Bundesnachrichtendienstes. Am Rande sei erwähnt, dass zahlreiche Nazi-Verbrecher auch mit Hilfe des US-Außenministeriums über den „Rattenpfad“ nach Lateinamerika ausgeschleust wurden, wo sie als „Berater“ autoritärer Regimes, etwa in Argentinien, im Kampf gegen revolutionäre Bewegungen hoch willkommen waren.

Ob von solchen skandalösen Ereignissen am 70. Jahrestag des 8. Mai 1945 die Rede sein wird?

Gauck – revidiert er Weizsäcker?

Richard von Weizsäcker ist kürzlich im Alter von fast 95 Jahren verstorben. Im Schloss Bellevue residiert derzeit der Pfarrer a.D. Joachim Gauck. Ihn unterscheidet von seinem Amtsvorgänger nicht nur, dass er intellektuell bestenfalls eine Mediokrität darstellt, passend zum ebenfalls schlichten Gemüt der Bundeskanzlerin. Er ist bekanntlich einer der Protagonisten der „Auslandseinsätze“ der Bundeswehr, ein „bewährter“ Antikommunist, Anhänger der Totalitarismuskonzeption und bricht vor Rührung in Tränen aus, wenn er beim Abspielen der Nationalhymnen neben dem US-Präsidenten steht. Allerdings wohl nicht, weil ihm die zahlreichen Gefangenen in den Sinn kommen, die in Abu Ghreib und in Guantanamo sowie in CIA-Geheimgefängnissen auf polnischem Boden brutal gefoltert und getötet wurden. Hat man übrigens je eine öffentliche Äußerung von ihm zu diesen menschen- und völkerrechtswidrigen Verbrechen gehört?

Man darf gespannt sein, welche Akzente der amtierende Bundespräsident in seiner Ansprache zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus setzen wird. Wir möchten ihm an dieser Stelle einen kleinen Tipp geben. Von einem seiner und der Bundesregierung politischen Freunde, dem ukrainischen Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk, stammt die folgende skandalöse Äußerung zum Thema, unwidersprochen vorgetragen in einem „Tagesthemen“-Interview am 7. Januar 2015: „Wir können uns alle sehr gut auf den sowjetischen Anmarsch in die Ukraine und nach Deutschland erinnern. Das muss man vermeiden.“ Gemeint ist hier nichts anderes als die Befreiung der Ukraine und Hitler-Deutschlands durch die Rote Armee, darunter auch der überlebenden Insassen des Vernichtungslagers Auschwitz. Die Botschaft lautet: So wie in den Jahren 1944/45 droht auch heute eine „Invasion“ der sowjetischen Streitkräfte. Gibt es außer erklärten Neonazis jemanden in unserem Lande, der eine derartige



Aussage öffentlich formulieren würde? Aber vielleicht wird Joachim Gauck in die Fußstapfen des Faschisten-Freundes Jazenjuk treten?

Eines dürfte jedenfalls unbezweifelbar sein: Für alle linken und demokratischen Kräfte besteht die dringende Notwendigkeit, der zu erwartenden Offensive des Geschichtsrevisionismus entgegenzutreten. Es geht hier nicht nur um die Verfälschung der geschichtlichen Wahrheit, sondern um den Versuch, eine den Frieden gefährdende Politik mit historischen „Argumenten“ aus der Mottenkiste des Kalten Krieges und – wie bei Jazenjuk – aus der Zeit davor zu legitimieren. Die Rede Richard von Weizsäckers vom 8. Mai 1985, so scheint es, ist aktueller denn je.

Reiner Zilkenat ●



Meinst du die Russen wollen Krieg?

● **Jewgeni Jewtuschenko** schrieb 1961 das Gedicht „Meinst du, die Russen wollen Krieg?“, das für viele Menschen auch in unserem Land bis heute eines der eindrucksvollsten Antikriegsgedichte geblieben ist.

Meinst du, die Russen wollen Krieg?

Befrag die Stille, die da schwieg
im weiten Feld, im Pappelhain,
Befrag die Birken an dem Rain.
Dort, wo er liegt in seinem Grab,
den russischen Soldaten frag!
Sein Sohn dir drauf Antwort gibt:

Meinst du, die Russen woll'n,
meinst du, die Russen woll'n,
meinst du, die Russen wollen Krieg?

Nicht nur fürs eig'ne Vaterland
fiel der Soldat im Weltenbrand.
Nein, dass auf Erden jedermann
in Ruhe schlafen gehen kann.
Holt euch bei jenem Kämpfer Rat,
der siegend an die Elbe trat,
was tief in unsren Herzen blieb:

Meinst du, die Russen woll'n...
meinst du, die Russen woll'n,
meinst du, die Russen wollen Krieg?

Der Kampf hat uns nicht schwach gesehn,
doch nie mehr möge es geschehn,
dass Menschenblut, so rot und heiß,
der bitt'ren Erde werd' zum Preis.

Frag Mütter, die seit damals grau,
befrag doch bitte meine Frau.

Die Antwort in der Frage liegt:

meinst du, die Russen woll'n,
meinst du, die Russen woll'n,
meinst du, die Russen wollen Krieg?

Es weiß, wer schmiedet und wer webt,
es weiß, wer ackert und wer sät -
ein jedes Volk die Wahrheit sieht:

Meinst du, die Russen woll'n,
meinst du, die Russen woll'n,
meinst du, die Russen wollen Krieg?

Lichterfelde Süd – Dichtung, Wahrheit oder Lüge?

● „Parks Range – Lichterfelder Weidelandschaft gerettet!“. So die Überschrift der Pressemitteilung des Bezirksamts Steglitz-Zehlendorf Nr. 044 vom 28.01.2015. Schön wär's. Fakt ist: statt 16 ha, wie in einem Gutachten empfohlen, sollen 39 ha bebaut werden. In der Pressemitteilung wird behauptet, dass von den ca. 100 ha 57 ha als „Grüne Mitte“ gerettet werden sollen.

Eine Untersuchung von der „Planwerkstatt Dipl. Ing Dieter Meermeier“ hat ergeben, dass zahlreiche europarechtlich geschützte Tier- und Pflanzenar-

ten im Untersuchungsgebiet vorkommen, auch dort wo entsprechend der bisherigen Planungen gebaut werden soll. Und – die sogenannte Grüne Mitte soll hufeisenförmig umbaut werden, allein dadurch werden sich die äußeren Einflüsse auf die Natur (z.B. klimatischer Art) und auf die Lebensbedingungen der geschützten Arten negativ auswirken. Eine weitere Zerstörung der Natur ergibt sich während der Baumaßnahmen: Dreck, Lärm, Staub und Abgabe der Natur den Rest. Die Behauptung des Bezirksamts, „Parks Range“, Lichterfelder Weide-



landschaft sei gerettet, ist was? Dichtung, Wahrheit oder Lüge?

Die unprofessionelle Herangehensweise des Steglitz-Zehlendorfer Bezirksamts schreit zum Himmel. Die Politik, sich den Interessen des Berliner Baulöwen Groth auf Grundlage des „Letter of Intent“ wird fortgesetzt: durch Dilettantismus bei der Bewertung von Natur- und Umweltschutzfragen. Wenn man die erfolgten Gutachten ernst nehmen würde, müsste völlig neu geplant werden. Als Grundlage für die Planungen würden dann tatsächlich lediglich die o.g. 16 ha, die gutachterlich als bebaubar definiert wurden, dienen können. Das aber wird nicht im Interesse von Groth sein, dem es vor allem um Gewinnmaximierung geht.

Das satte Geschäft des Investors

So, wie das Bezirksamt agiert, drängt sich einem der Verdacht auf, dass die Interessen des Investors schützenswerter sind als Umwelt und Natur.

Ein weiterer Punkt: Der Senat hat zur Förderung des Wohnungsbaus Leitlinien entwickelt, die bei Bebauung Anwendung finden sollen („Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung“). Zwischen dem sog. Vorhabenträger (in diesem Falle der Inves-

tor Groth) und dem jeweiligen Bezirk wird ein städtebaulicher Vertrag vereinbart, der dem Vorhabenträger bestimmte Verpflichtungen auferlegt, die in den Leitlinien mehr oder weniger deutlich definiert sind. Tatsächlich handelt es sich eher um Richtwerte denn um Leitlinien. Da wird beispielsweise davon gesprochen, dass bei Wohnungsbau darauf zu achten ist, dass 10 bis 33% der Wohnungen der Mietpreis- und Belegungsbindung unterliegen sollen – im Einzelfall aber kann davon auch ganz abgesehen werden. So unklar, wie die Leitlinien definiert sind, steht zu befürchten, dass auch hier das Bezirksamt sich den Bedürfnissen des Herrn Groth unterwirft. Somit ist fraglich, ob er seine Gewinnspanne dafür einsetzt, die in den Leitlinien vorgesehenen Aufwendungen für öffentliche Einrichtungen, Kindergärten, Spiel- und Sportplätze und Schulen zu finanzieren. Bezüglich der Schulen hat er bereits dezent darauf hingewiesen, dass diese im Zuständigkeitsbereich des Senats lägen und nicht er als Investor dafür aufkommen müsse.

Groth hat das Gelände von der CA Immo, dessen damaliger Geschäftsführer Herr Thomsen, jetzt für Groth arbeitet, für ca. 10 €/m² gekauft. Der Wert wird sich auf mindestens 290 €/m² für Herrn Groth steigern. Ein sattes Geschäft, von dem er möglichst wenig wieder abgeben möchte.

Am 12.2.2015 hat das Aktionsbündnis Lichterfelde Süd ein Plenum veranstaltet, auf dem die Einleitung eines Bürgerbegehrens beschlossen wurde. Das Bürgerbegehren trägt den Titel „Natur- und Landschaftsschutz in Lichterfelde mit Wohnen und Arbeiten vereinbaren“ und wird umgehend auf den Weg gebracht. Wir unterstützen dieses Bürgerbegehren selbstverständlich und werden Sie mit der Kehrseite stets auf dem Laufenden halten! Aktuelle Informationen finden Sie stets auf der Internetseite <http://pruefstein-lichterfelde-sued.de/>

Eberhardt Speckmann ●

Abgeschrieben

● *Auszug aus einem Kommentar aus „Prüfstein Lichterfelde Süd“*

Groth-Gruppe verstört

... Das vom Aktionsbündnis beschlossene Bürgerbegehren gegen die unvernünftigen Baupläne der Groth-Gruppe stört offensichtlich deren Vorbereitung der Finanzierung des Ganzen. Denn das Bürgerbegehren würde mit anschließendem Bürgerentscheid bis weit ins Jahr 2016 laufen. Die Berliner Morgenpost (Ausgabe vom 8.11.2014) berichtete: „Thomas Groth kennt die Pläne des Aktionsbündnisses, ein Bürgerbegehren auf den Weg zu brin-

gen. Nach der Veranstaltung am Donnerstagabend [6.11.2014] habe er aber nicht den Eindruck, dass es dazu kommen werde, so der Geschäftsführer.“ Das hört sich nach Pfeifen im Wald an.

1. Bebauungsplan beim Bezirk leichter steuerbar

Von einem befragten Politik-Experten war zu erfahren, daß die Irritation in der Groth-Gruppe noch andere Gründe haben könne. Denn ein solches Bürgerbegehren könne dazu führen, daß der Senat das Bebauungsplan-Verfahren an sich zieht, wie er es ge-

rade im Bezirk Neukölln bei den „Buckower Felder“ exekutiert habe. Damit könne es aber für die Groth-Planer wesentlich schwieriger werden, ihre Planziele im Detail durchzusetzen.

Bei der Senatsverwaltung habe man es mit „kompetentem Personal als im Bezirk“ zu tun. Das bislang leichte Spiel mit einem in der Führungsebene ziemlich inkompetent besetzten Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf und zudem willfährigen Amtsplanern wäre dahin. „Schließlich hat Groth das Kirchsteigfeld in seinem Sinn auch nur gebacken bekommen, weil er es damals nach der Wende mit naivem Personal in Potsdam zu tun hatte“, so der Experte aus Potsdam.

2. Statt Investor-Diktat soziale Stadtentwicklung durch Entwicklungs-Bereich Lichterfelde-Süd

Der Text des Bürgerbegehrens gibt bereits die Anforderungen an die Bürger-Stadtplanung für Lichterfelde-Süd vor: An der Réaumurstraße können auf etwa 15 ha bis zu 1.500 für Normalos bezahlbare Wohnungen im Geschosswohnungsbau sowie des-

sen soziale „Folgeeinrichtungen“ gebaut werden, wobei einiges aus dem Casanova-Konzept übernommen werden kann. Am Landweg und an der Bahn sind mit etwa 6 ha Flächen für umweltfreundliche Gewerbebetriebe (GE mit Text-Auflagen oder MI) vorgesehen. Zwischen dem künftigen Landschaftspark (LSG) und dem neuen Siedlungsbereich entstehen die bislang fehlenden fußläufig erreichbaren Naherholungsflächen (etwa 6 ha). Reihenhäuser werden nicht gebaut, um die Habitat-Flächen vorhandener FFH-Arten zu erhalten sowie um jegliche negativen Auswirkungen durch Privatgärten auf die wertvolle Flora und Fauna zu vermeiden.

Sämtliche Einrichtungen des Gemeinbedarfs wie Schule, Kitas, Kulturhaus, Jugendfreizeit, Sportplatz, Liegewiese, Bolzplätze, Straßen und Wege usw. werden bei dieser Art der Planung aus den Erlösen der Grundstücke finanziert. Außerdem hat ein solcher Entwicklungs-Bereich Lichterfelde-Süd einen besonders demokratischen Charme. Denn die Betroffenen sind während der gesamten Planungs- und Bau-Phase an dem Projekt zu beteiligen.

Der vollständige Text findet sich unter: <http://pruefstein-lichterfelde-sued.de/>

CETA, TISA, TTIP und Co.: Demokratie ist keine Handelsware!

● Zum Üben: TISA = Trade in Services Agreement; TTIP = Transatlantic Trade and Investment Partnership; CETA = Comprehensive Economic and Trade Agreement, auch gelesen als Canada-EU Trade Agreement. Und als Eselsbrücke hier noch ein paar Stichworte dazu:

TISA wird allgemein in der Presse als ein Abkommen zur „Verbesserung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor“ dargestellt. Und deshalb hat es mit der weiteren Privatisierung von Trinkwasser, Müllabfuhr, Theater, Krankenhäusern, Krankenkassen,

Datenschutz zu tun und stellt eine universelle Gefährdung der öffentlichen Daseinsvorsorge dar.

TTIP taucht in den Medien hauptsächlich in Verbindung mit dem lieben Federvieh (Stichwort Chlorhühner) auf. Deshalb wird darüber schwadroniert, dass man durch den Besuch eines Schwimmbades mehr Chlor abbekommt als durch den Verzehr gechlorter Hühnchen. Das Kardinalproblem aber ist ein anderes: Auslieferung der Politik an die *Interna-*





tionale der Konzerne. Es wird auch ständig behauptet, TTIP werde neue Arbeitsplätze schaffen. Das Gegenteil ist zu befürchten. Werden Produktionsabläufe aufeinander abgestimmt/rationalisiert, fallen Arbeiten weg!

CETA war lange Zeit überhaupt kein Thema. Wen wundert's, es wurde zwischen 2009 und 2014 geheim verhandelt. In weiten Passagen ähnelt es übrigens dem durch das EU-Parlament abgeschmetterten Antiproduktpiraterie-Abkommen ACTA (Counterfeiting Trade Agreement). Was hindert die Internationale der Konzerne daran, es nun als Blaupause für TTIP und TISA zu verwenden?

Aufgestört durch die Kritik an TTIP hat die EU in Person der Handelskommissarin Cecilia Malmström eine „öffentliche Befragung der Bevölkerung“ durchgeführt. Das Resultat: 97 % der Befragten lehnten TTIP oder den Investorenschutz komplett ab! Der Lobbyverband der europäischen Industrie (und keineswegs allein die USA) will die Klauseln zum Investorenschutz aber unbedingt haben. Wirtschafts-Großmächte und Exportweltmeister haben eben ein fundamentales Interesse an Privatgerichten.

In der öffentlichen Diskussion macht sich aber inzwischen Nervosität breit. Während Ulrich Grillo, Chef der Industrielobby BDI, sich vehement für TTIP einsetzt, ist die kapitalfreundliche Presse eher dabei zu beschwichtigen. Zur Beruhigung der Lage, „um die Wogen um TTIP zu glätten“, solle Grillo einfach mal die Klappe halten, lautet der Subtext. Die 130 bilateralen „Schutzabkommen“, die Deutschland in der Vergangenheit abgeschlossen hat, wurden in der Öffentlichkeit schließlich auch nicht großartig breit getreten.

Weniger Aufregung der Befürworter käme auch Frau Malmström sehr entgegen. Die verkündete tapfer, sie wolle noch einmal prüfen lassen, wie

sich im Handelsvertrag zusätzlich absichern ließe, „dass Staaten hoheitlich Regeln setzen dürfen.“ Kein Witz!

(Alle Zitate: SZ 14.01.2015).

Jetzt hat der ehemalige Bundesverfassungsrichter Prof. Siegfried Broß in einer Studie für die „Böckler-Stiftung“ erklärt, die Investorenschutzklauseln (Privatgerichte) verstießen „... gegen deutsches Verfassungsrecht, Recht der EU und bedeuten einen Systembruch des Völkerrechts“. Die Akzeptanz privater Schiedsgerichte sei eine Aufgabe staatlicher Souveränität: „Dafür gibt es keine Legitimation nach deutschem Verfassungsrecht.“ Die entsprechenden Klauseln in bilateralen Abkommen müssten

neu verhandelt werden. (SZ 19.01.2015)

Und die gute alte Tante SPD? Gabriel schwankt wie eine Binse im Wind. Mal beschwichtigt er, mal plustert er sich auf. Zum kanadischen Abkommen (CETA) legte er ein Gutachten (Max-Planck-Institut) vor, dass zu dem Schluss kommt, die Einschränkungen des gesetzgeberischen Handlungsspielraums durch das Abkommen seien zu vernachlässigen. Der Gutachter, ein gewisser Stephan Schill, weiß wovon er spricht. Er steht selbst auf der Schlichterliste der Weltbank. Man kann nur hoffen, dass der „Kleine Parteitag“, auf dem die SPD ihre Haltung klären will, Gabriel um die Ohren fliegt.

In der Zwischenzeit fährt der aber Zug weiter. In Sachen Gentechnik – weiterer Dollpunkt in den TTIP-Verhandlungen – hat die EU jetzt eine Entscheidung getroffen, die wie ein Sieg aussieht: Die einzelnen Länder sollen über den Anbau autonom entscheiden. Damit aber kann die Einführung der Gentechnik in Europa als gesichert gelten. Es wird sich schon ein Land finden, dass vorangeht.

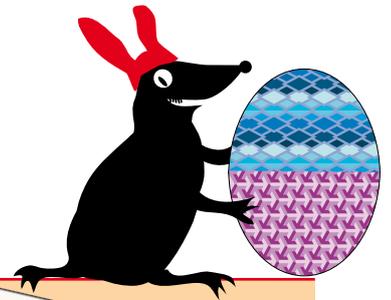
Agrarminister Christian Schmidt (CSU) – seine bayerischen Bauern lehnen Gentechnik vehement ab – liebäugelt momentan mit dem „Kompromissvorschlag“ der US-Seite, solche Lebensmittel über einen Strichcode auf der Verpackung des Produkts zu kennzeichnen. Das könnten Konsumenten dann mit Hilfe einer App auf ihren Smartphones erkennen. Kein Aprilscherz! (SZ, 12.1.2015)



Von unserer Bundesregierung ist in dieser Sache also nichts Gutes zu erwarten. Der Widerstand gegen die Freihandels-Monster muss vertieft und verbreitert werden.

TTIP, TISA und CETA müssen sofort und bedingungslos gestoppt werden!!!

Marianne Rubach ●



● **Buchtip**

**Petra Pau
Gottlose Type**

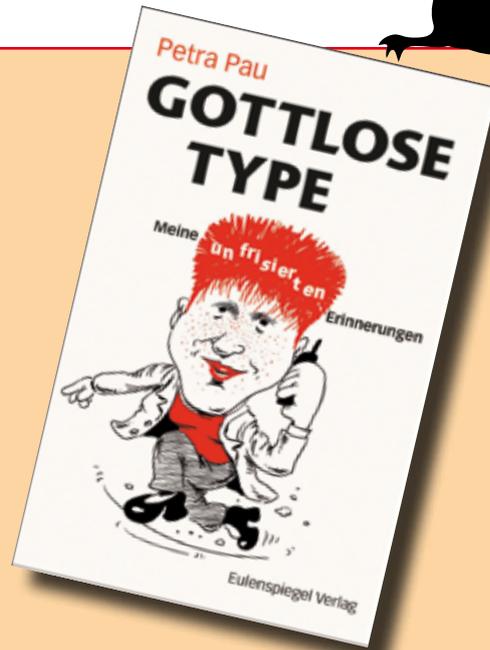
Meine unfrisier

Eulenspiegelverlag, 2015, ISBN 978-3-359-02476-7
144 Seiten, mit Fotos, geb.

1998 errang sie ein Bundestagsmandat im Berliner Wahlkreis „Mitte/Prenzlauer Berg“ gegen namhafte Mitbewerber.

Damit hatten nicht einmal die eigenen Parteistrategen gerechnet ... Derweil hat sie den Bundestag aus verschiedenen Perspektiven gesehen: mit hilfreichen Fraktionen, als Einzel-Abgeordnete ihrer Partei, als überparteiliche Vizepräsidentin.

In nunmehr 16 Jahren Mitgliedschaft im Parlament hat Petra Pau viel erlebt, das sie hier in Anekdoten erzählt. Eher heitere, wenn sie auf dem Weg zu einem Fototermin beinahe im Gefängnis landet oder die verbannte Clara Zetkin in den Reichstag holt. Eher ernste, wenn sie das Inkrafttreten von „Hartz IV“ oder die Gefühle bei einem Besuch in der Kölner Keupstraße nach dem NSU-Desaster schildert. Hinzu kommen überraschende Geschichten, etwa über ihren Sieg beim großen Bibel-Test im ZDF oder über seltsame Freundschaften mit MdB der CSU und der FDP.



Franziska Brychcy
(Vorsitzende DIE
LINKE, Steglitz-
Zehlendorf) mit der
Autorin

— Rotlicht * —

BILD dir eine Meinung ...

Wer's noch nicht wusste: Meinungen werden *gebildet* – nicht nur bei der Rinnsteinpresse. Selten aber ist eine Absicht hinter der Bildung so deutlich zu erkennen, wie jüngst bei der Berichterstattung über die Pariser Solidaritätsdemonstration für das Satire-Magazin Charlie Hebdo. In eindrucksvollen Bildern wurde der Welt vorgeführt, dass sich nahezu 1,5 Millionen Menschen hinter den führenden Politikern unserer westlichen Wertgemeinschaft versammelten – offenbar einig im „Krieg gegen den islamischen Terrorismus“. Nachher haben Nestbeschmutzer aufgedeckt, dass die gezeigten Bilder gar nicht authentisch waren.

Für unverzichtbar halten unsere Nachrichtenmacher den regelmäßigen Interview -Hinweis: „Das Gespräch wurde aus Zeitgründen vor der Sendung aufgezeichnet.“ Auf's Jahr gesehen käme bei einem Zusammenschritt vermutlich eine abendfüllende Sendung zustande. Aber was tut das zur Sache? Wen interessiert das überhaupt? Sachdienlich dagegen wäre folgende Mitteilung gewesen: *Die Bilder, die Sie sehen, wurden aus Sicherheitsgründen in einer stillen Nebenstraße aufgenommen und nachträglich mit anderen Aufnahmen zusammenmontiert.* Aber dieser Hinweis wurde irgendwie vergessen.

Wer dahinter eine unseriöse Absicht vermutet, habe das Problem nicht verstanden, sagt Stefan Cornelius der für den Nordatlantischen Zusammenhalt zuständige Redakteur der Süddeutschen Zeitung. „Also alles gefälscht und inszeniert?“ fragt er: „Nein.“ Die Politiker stünden vor einem unauflösbaren Di-



lemma. „Sie stehen an der Spitze – aber eben nicht an der Spitze einer Massendemonstration.“ Genau, und vor dem gleichen Dilemma stehen die Demonstranten. Sie sind solidarisch, aber sie stehen eben nicht hinter den Politikern.

Das Sicherheitsbedürfnis der Politiker mag man noch nachvollziehen. Die helfende Zu-Arbeit solcher Journalisten sicher nicht. Den Vogel abgeschossen hat übrigens Dr. Kai Gniffke, der Programmverantwortliche der ARD. Der zeigte sich ob der Kritik richtig angefasst und erklärte alle Kritiker zu Verschwörungstheoretikern. Schließlich zeige kein Foto die Realität. „Das ist kein Frisieren, kein Zensieren und kein Inszenieren. Das ist Journalismus, das ist die Auswahl von Bildern, Ausschnitten und Fakten. Das ist harte journalistische Arbeit, die sich an ethischen und handwerklichen Standards messen lassen muss.“ Genau darum geht's Herr Gniffke. Wir nennen das versuchte Täuschung und Beihilfe. Suchen Sie sich einen anderen Job!

Horst Dejas ●

FRAUEN-kampf-TAG

● Es gibt Traditionen, die überholen sich nie. Deshalb rufen wir auch dieses Jahr wieder dazu auf, am 8. März, dem Internationalen Frauentag über Fragen wie Geschlechtergerechtigkeit, Gleichstellungs- und Familienpolitik nachzudenken, zu diskutieren und sich einzumischen.

Trotz aller Beteuerungen kann von Gleichberechtigung noch immer nicht die Rede sein – da kommt dann das „Attraktivitätssteigerungsgesetz“ von Frau von der Leyen daher wie purer Zynismus. Ausgerechnet die Bundeswehr und Kampfeinsätze für Frauen attraktiver zu machen, hat sie sich auf die Fahnen geschrieben. In den Jahren, als sie noch für die Familienpolitik in diesem Lande zuständig war, hätte sie weitaus friedlichere Möglichkeiten gehabt, die Situation von Frauen tatsächlich zu verbessern. Auch als Ministerin für Arbeit und Soziales hätte sie aus dem Vollen schöpfen

können – zum Beispiel bei der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nun, da die Bundeswehr größte Nachwuchssorgen hat, wird an die Frauen gedacht; ganz uneigennützig und ganz ohne Hintergedanken, versteht sich. Deshalb sagen wir:

Frauen, die für Frauenrechte kämpfen: ja und immer!
Frauen in die Bundeswehr: nein und nimmer!



Anlässlich des Frauentages werden wir am Montag, den 9.3. vor dem JobCenter in der Birkbuschstraße Rosen verteilen. Unsere Mitgliederversammlung am Dienstag, den 10.3. ab 19:30 Uhr beschäftigt sich mit dem Thema „Frauen und Prekariat“.

Pia Imhof-Speckmann ●



Zitate des Monats ❖

„Eine Gesellschaft, die sich nur an Wachstum, Leistung und Optimierung orientiert, wird schleichend faschistoid.“
Edgar Selge, Schauspieler

Gegenwärtig sind wir Zeitgenossen von Aggressionskriegen mit sich anschließender Permanentbesetzung unter Vasallenhilfe unseres eigenen Landes. In ihnen werden die Menschenrechte zu Instrumenten außenpolitischer Konfliktbereinigung umgemünzt und samt der dabei angewandten Foltermethoden für angeblich ‚humanitäre Interventionen‘ missbraucht.

Herrmann Klenner, Rechtsphilosoph

Denk' dir einen Sozialismus von allem befreit, was dich stört. Frage dich, wen er dann erst recht stören würde.
 Niemand als der bleibt wirklich dein Feind
Erich Fried.

Je mehr sich Israel in der Gewaltausübung der Okkupation verdingt, desto intensiver steigerte sich die Emphase der Selbstviktimisierung, mithin die Apostrophierung aller Kritik an Israels Politik als Antisemitismus.

Moshe Zuckermann, Professor für Geschichte und Philosophie an der Universität Tel-Aviv.

„Folter, grausame, inhumane oder entwürdigende Bestrafung, willkürliche Haftstrafen oder Verhaftungen, rassistische Diskriminierung, Arbeitslosigkeit, Hunger, Kinderarmut sowie fehlender Zugang zu Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Bildung und Kultur – ja, hier gibt es offenbar ein Menschenrechtsproblem. Aber nun können wir ja hoffen, dass das inspirierende kubanische Beispiel auch zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage in den USA führt.“

João Ferreira, portugiesischer Abgeordneter der Europäischen Linken in einer Stellungnahme zu den Argumenten von Abgeordneten im Europäischen Parlament, eine Normalisierung zu Kuba sei wegen der dort andauernden Verletzung der Menschenrechte nicht sinnvoll.

„Es gehört schon ein gehöriges Selfie-Bewusstsein dazu, die eigene HirnverNEINung so leer-reich abzuBILDen
Martin Buchholz, Kabarettist, kommentierte im Netzwerk Facebook die Bild-Kampagne „NEIN zu neuen Milliardenengessen für Griechenland

Termine X

● **Di, 07.04., 19:30 Uhr, Mitgliederversammlung,** Geschäftsstelle der LINKEN. Steglitz-Zehlendorf (Schildhornstr. 85a, 12163 Berlin)

Thema: 8. Mai 1945, Tag der Befreiung

Aktuelle Termine unter: <http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/>

● Die Basisorganisation Zehlendorf tagt **jeden 1. Montag im Monat um 19:00 Uhr** im Mittelhof, Königstr. 42/43, 14163 Berlin

● **Mi, 18.03., 16:30 Uhr** Protestaktion zum Erhalt der *Seniorenhäuser in der Mudrastraße*, vor dem Rathaus Zehlendorf

● **So, 05.04. Ostermarsch,** siehe: <http://www.frikoberlin.de/>

● **Jeden Dienstag ab 17.00 Uhr:** *Beratung durch Rechtsanwalt zu Hartz IV (Sozialrecht), Verbraucherrecht, Schuldnerfragen und Wohnen*
 Anmeldung erbeten unter (030) 70 09 67 41

● **Di, 10.03., 19:30 Uhr**

Mitgliederversammlung, Geschäftsstelle der LINKEN. Steglitz-Zehlendorf (Schildhornstr. 85a, 12163 Berlin)

● **So, 08.03., 13 Uhr, Demo zum Frauenkampftag,** Rosa-Luxemburg-Platz,

● **Mo, 09.03., 10 Uhr, Jobcenter-Aktion,** Jobcenter Steglitz (Birkbuschstr. 10, 12167 Berlin)

● **Do, 26.03., 18:30 Uhr AK Kiezpolitik,** Geschäftsstelle der LINKEN. Steglitz-Zehlendorf (Adresse s.o.)

● **Do, 30.04., 18:30 Uhr, AK Kiezpolitik,** Geschäftsstelle der LINKEN. Steglitz-Zehlendorf (Adresse s.o.)

Linke:
<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/detail/zurueck/termine-18/artikel/beratung-zu-hartz-iv-und-schuldnerfragen-4/>

Impressum

DIE LINKE Bezirksvorstand Steglitz-Zehlendorf, Schildhornstr. 85 A, 12163 Berlin

Tel. (030) 70 09 67 41, E-Mail: info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de

www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de, Redaktion: Hans Schoenefeldt, Layout: Claudia Hill, V.i.S.d.P. Eberhard Speckmann

